

Der Europäische Green Deal

Ein Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie?

Die EU plant den Umbau der europäischen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität im Jahr 2050. Bisher wurden nötige Maßnahmen auf europäischer Ebene nur stiefmütterlich angegangen und umgesetzt. Ein Europäisches Klimagesetz soll die Fehler der Vergangenheit nun beheben – aber wie? Welche Aspekte soll dieses Klimagesetz betreffen? Und welche Konsequenzen sind daraus zu erwarten? Von Philipp Richter

Unser Wirtschaften in den vergangenen 200 Jahren ist zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die atmosphärischen, biologischen und geologischen Prozesse der Erde geworden. Dieses als Anthropozän bezeichnete Zeitalter hat weitreichende negative Folgen für das Leben der Menschheit.

Der menschengemachte Klimawandel, tonnenweise Plastikmüll in den Meeren und nicht zuletzt eine zunehmende Ausbreitung von Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen überspringen, sollen hier nur beispielhaft genannt sein.

Das Auseinandergehen von Ökonomie und Ökologie

Der Ursprung liegt im Auseinanderdriften von Ökonomie und Ökologie. Ökonomisches Handeln vernachlässigt meist ökologische Aspekte. Wirtschaftswissenschaftler/innen verstehen das Problem als externe Effekte, also Konsequenzen, die in die Entscheidung vom Verursacher nicht einbezogen werden, jedoch Auswirkungen auf Unbeteiligte haben.

So bleiben die negativen Folgen für Klima und Umwelt häufig bei der Produktion und dem Konsum unberücksichtigt. Solches Marktversagen versucht die EU nun mittels eines Europäischen Klimagesetzes zu beheben und somit durch Regulierung die Divergenz von Ökonomie und Ökologie zu stoppen. So wird im Vorschlag zum Klimagesetz ne-

ben den ökologischen Zielen auch von einer Wachstumsstrategie für Europa gesprochen. Es ist davon auszugehen, dass Ökologie und Ökonomie als gleichberechtigte Bereiche verstanden werden.

Lange bekannt – was haben wir bisher dagegen getan?

Der ehemalige Direktor des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, hat die europäische Klimapolitik der letzten Jahrzehnte bei einem Gespräch mit der ZEIT zusammengefasst: „Beim Klima ist eigentlich alles, was schiefgehen konnte, schiefgegangen.“ Anfang der 1990er Jahre gab es durch die damalige EG-Kommission einen Vorschlag zur Einführung einer CO₂- und Energiesteuer. Umgesetzt wurde schließlich aber ein Emissionshandel, also der Handel von Rechten zur Treibhausgasemission. Dieser Mechanismus hat jedoch auf ganzer Linie versagt. So wurde im Jahr 2019 ein Rekordniveau von 28 Euro pro Tonne CO₂ erreicht. Ökonom/innen empfehlen jedoch einen Preis von mindestens 180 Euro, damit die Emissionen für Unternehmen entscheidungsrelevant werden.

Nach mehrjähriger Untätigkeit hat die Europäische Kommission nun den Vorschlag für ein Europäisches Klimagesetz gemacht. Das Ziel ist, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu sein. Auf dem Weg dorthin sollen spätes-

tens im Jahr 2030 mindestens 55% der Netto-Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 eingespart werden. Dazu soll die Effizienz bei Förderung und Nutzung von Ressourcen gesteigert werden, eine Kreislaufwirtschaft entwickelt und die Biodiversität wiederhergestellt werden.

Die Vorschläge sind vielfältig und betreffen von der Baubranche über Landwirtschaft und Verkehr bis hin zur Industrieproduktion nahezu alle Branchen. So sollen Desinvestition von traditionellen Sektoren, wie zum Beispiel dem fossilen Sektor, bei gleichzeitigen Reinvestitionen in neuere Sektoren, wie etwa erneuerbare Energien, erfolgen. Auch die Herstellung von Gütern wird sich wandeln, da die Gesamteffizienz, durch zirkuläre Systeme und einhergehende Verringerung des Ressourceneinsatzes, erhöht werden soll. Das Kernstück des Klimagesetzes bildet jedoch die Anpassung der bestehenden Infrastruktur. So ist der Aufbau eines intelligenten Stromnetzes, also die Vernetzung von Erzeugern, Speichern, Verbrauchern, der Ausbau von Informationsnetzen, wie dem Breitbandnetz, und der energetischen Sanierung des Gebäudebestands geplant.

Was sind die aktuellen Pläne der Europäischen Union?

Das Klimagesetz soll jedoch mehr als ein Aktionsplan hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft sein. Es wird auch als Weiterentwicklung der Marktwirtschaft verstanden. Zum einen gelangen neben dem Ziel der Profitmaximierung, auch Aspekte der Nachhaltigkeit, wie zum Beispiel die Ressourceneffizienz, in den Fokus der Unternehmensführung. Zum anderen werden Eigentumsverhältnisse neu verteilt, was gleichzeitig zum Entstehen von neuen Geschäftsmodellen führt. Beispielsweise hat sich die Energiebranche in Deutschland durch den Wandel zu erneuerbaren Energien fundamental verändert.

Etablierte Energieerzeuger, wie E.ON und RWE mussten massive Umsatzrückgänge verkraften, die zu radikalen

Konzernumbauten führten. Gleichzeitig hat eine Dezentralisierung der Stromerzeugung eingesetzt, sodass private Haushalte, Landwirt/innen oder genossenschaftliche Zusammenschlüsse zu neuen Erzeugern geworden sind. Dieser Prozess ist mit einer dezentralen Verteilung von Eigentum gleichzusetzen und wird häufig als Demokratisierung der Infrastruktur verstanden.

Und was sagen die Zahlen?

Eine aktuelle Untersuchung der Beratungsgesellschaft McKinsey hat jährliche Kosten von circa einer Billion Euro für die Transformation ermittelt. Nicht berücksichtigt sind gestrandete Anlagewerte, solche Vermögensgegenstände, die aufgrund von unvorhergesehenen Veränderungen, wie neuen Regulierungen, vor ihrem geplanten Ende der Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Internationale Organisation für erneuerbare Energien geht in einer 2017 veröffentlichten Studie von gestrandeten Anlagewerten zwischen 4,8 und 6,3 Billionen US-Dollar in den EU-28-Staaten bis ins Jahr 2050 aus.

Trotz der enormen Kosten scheint die Transformation der Wirtschaft ökonomisch sinnvoll. So fließen laut McKinsey circa 800 Milliarden Euro in fossile Anlagen aus Öl, Kohle und Gas. Diese Investitionen müssen in eine grüne Infrastruktur umgelenkt werden. Für Unternehmen ist eine solche Investitionsstrategie mittlerweile auch vorteilhaft. So sind die Anschaffungskosten für erneuerbare Energieanlagen geringer, und deren Grenzkosten liegen sogar nahe null. Verglichen mit fossilen Anlagen, schneidet eine grüne Infrastruktur in der Investitionsrechnung somit meist besser ab.

Zudem ergeben sich durch die Transformation auch Chancen für die Wirtschaft. So gehören die europäischen Anbieter von Klima- und Umweltschutztechnologien bereits heute zu den weltweit führenden Unternehmen in diesen Bereichen. Sie profitieren von einer höheren Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen, die sich aus strengeren

Klimaschutzauflagen und höheren CO₂-Kosten auf dem europäischen Markt ergeben.

Fazit

Mit dem Vorschlag zum Klimagesetz hat die Kommission angekündigt, die Wirtschaft mit einem Volumen von circa 150 Milliarden Euro im Zeitraum von 2021 bis 2027 zu unterstützen. So sind die jährlichen Kosten der Transformation angesichts der privaten und öffentlichen Finanzierung zwar noch nicht gänzlich gedeckt, jedoch werden auch die Mitgliedsstaaten weitere Ressourcen zur Verfügung stellen. Unfinanzierbar, wie von diversen Wirtschaftsverbänden beschrieben, ist das Klimagesetz also nicht. Jedoch ist dem Vorhaben das Fehlen konkreter Maßnahmenpläne vorzuwerfen. So fehlt es an ambitionierten Zwischenzielen und festen Emissionsbudgets. Andernfalls ist zu erwarten, dass die Mitgliedsstaaten – besonders die osteuropäischen Staaten, die sich kategorisch gegen das Klimagesetz stellen – erst kurz vor knapp anfangen, ihren CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Seit Anfang Dezember 2020 verhandeln die EU-Institutionen über das Klimagesetz. Die wichtigste Forderung an diesen Prozess ist nun, die Verhandlungen zügig zu Ende zu bringen und ein schlagkräftiges Klimagesetz zu beschließen, sodass ein Fahrplan zur Einheit von Ökonomie und Ökologie bereitsteht.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Philipp Richter ist Postdoktorand an der ESCP Business School in Berlin. Er forscht zu den Themen politische Aktivitäten von Unternehmen, Unternehmensführung und Organisationsstrukturen von Unternehmen.

ESCP Europe, Heubornweg 8–10, 14059 Berlin.
E-Mail: prichter@escp.eu

Nachhaltigkeit

A-Z



A

wie Agro-Gentechnik

Warum eigentlich Agro-Gentechnik – und was sind die gesellschaftlichen Konsequenzen? Unberührt verfolgt die Wirtschaftslobby ihre Ziele, obwohl ihr eine breite Mehrheit skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. In diesem Buch werden die Hintergründe der biogenetischen Technik und die zugrunde liegende Weltanschauung erläutert. Entlang der Kritischen Theorie kristallisiert sich so das Szenario einer neuen Stufe des Kapitalismus heraus: die »Ökonomie«.

S. Lohrberg

Agro-Gentechnik

Eine biologisch-soziologische Analyse unter Anwendung der kritischen Theorie
380 Seiten, Broschur, 39 Euro,
ISBN 978-3-96238-255-1

Bestellbar im Buchhandel und unter
www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

oekom

Die guten Seiten der Zukunft